

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 5

Artikel: "Ein Mittagessen für einen Monatslohn" : äusserst kritischer ungarischer Bericht über Nicaragua
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094190>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Äusserst kritischer ungarischer Bericht über Nicaragua

«Ein Mittagessen für einen Monatslohn»

Ein Nicaragua-Bericht von Gabor Arato erschien in drei Teilen vom 19. bis 21. Februar 1988 in der ungarischen Regierungszeitung «Magyar Hirlap», Budapest. Wir bringen den Text der beiden ersten Teile in grossen Auszügen.

In nächtlicher Finsternis stolpere ich von der ungarischen Botschaft in Managua nach Hause, zu meiner Unterkunft einige hundert Meter weiter weg. Als Orientierungspunkte dienen dann und wann eine Kerze, ein Petrollicht oder eine Taschenlampe. Stromausfall. «Seit wann dauert das?» frage ich den Eigentümer des kleinen privaten Hotels, das mich beherbergt. «Seit einer Stunde.» «Und wie lange kann das noch dauern?» Und Ren Reyes gibt mir zur Antwort: «Senor, wir sind hier in Nicaragua!» Dann fügt er noch hinzu: «Es fehlt uns hier an elektrischem Strom, an Wasser, an Lebensmitteln, an allem.»

Ja, wahrhaftig: Als ich in den ersten Februartagen nach Managua kam, begannen die dramatischsten Tage seit dem Sieg der Revolution vor siebeneinhalb Jahren. Genau vor einem Jahr war ich letztmals hier gewesen. Die Schwierigkeiten von Wirtschaft und Versorgung waren schon damals offenkundig und wurden «dramatisch» genannt. Heute aber ist der Ausdruck wirklich angebracht. Die Inflationsrate beläuft sich auf mehr als tausend Prozent, in einigen Gegenden steht das Schreckgespenst des Hungers vor der Tür, jederzeit kann der Strommangel, der jetzt akut auftritt, chronisch werden. Die Folgen sind ein starker Rückgang von Produktion, Dienstleistungen und Versorgung. (...)

Zu den wichtigen Faktoren der gegenwärtigen Wirtschaftskrise gehört ein unkontrollierbarer Schwarzmarkt. Krisenursachen sind die von den USA geschürte Kriegspsychose, die Contras und die von der sandinistischen Führung begangenen Fehler und Irrtümer, die heute

schon offen zugegeben werden. Zur Bekämpfung der negativen Erscheinungen hat die Regierung strengere Massnahmen als bisher eingeführt. (...)

In den Jahren nach der Revolution hatte die Führung versucht, die Bedürfnisse der Bevölkerung auf patriarchalisch-egalitäre Weise zu befriedigen. (...)

Zwecks gerechter Güterverteilung wurde das Rationierungssystem eingeführt, aber dabei kam es nach einiger Zeit zu Störungen. Das Angebot an Gütern, die auf Karten erhältlich sind, und das betrifft hauptsächlich Versorgungsgüter für die Bevölkerung, fiel drastisch zurück. Die Warenknappheit war die eine Ursache für den Schwarzmarkt und die zunehmende Inflation.

Und die andere Ursache ist diese: In Nicaragua gab und gibt es noch heute eine wohlhabende, ja sogar reiche Schicht: private Unternehmer, Geschäftsleute, Grossgrundbesitzer, Hauseigentümer. Sie wollten und konnten mehr konsumieren als ihnen das Rationierungssystem zubilligte. So deckten sie sich auf dem Schwarzmarkt ein. Dort waren die Waren für immer mehr Geld erhältlich, ob Dollar oder Cordoba.

Die Warenknappheit beschleunigte die Schwarzmarktentwicklung und die Inflation. Während sich die Durchschnittslöhne der Arbeiter und Angestellten im Staatsdienst auf etwa 600 000 Cordoba beliefen und der Minimallohn 120 000 Cordoba betrug, zahlte man auf den Märkten und in den Warenhäusern für die

rationierungsfreien Güter nicht nur Millionen-, sondern sogar Milliardenpreise. (...)

Die Regierung hat diese Woche eine Geldreform angeordnet und den «neuen Cordoba» eingeführt. (...)

Am Tage meiner Ankunft nahm ich mein erstes Mittagessen in einem Restaurant von Managua ein. Der Kellner legte mir die Rechnung von 200 000 Cordoba vor. Ich las das automatisch als 20 000 Cordoba, weil im Vorjahr ein Mittagessen ungefähr so viel gekostet hatte, und legte die erinnerliche Summe auf den Teller. Der Kellner machte mich höflich auf meinen Irrtum aufmerksam: *Zweihunderttausend* Cordoba. Das Monatseinkommen der meisten Nicaraguaner würde für ein Mittagessen im Restaurant nicht reichen. Sie essen freilich auch nicht im Restaurant, sondern kaufen sich ihre Lebensmittel, zur Hauptsache Reis und Bohnen, wo sie können und wie sie können. (...)

Es gibt den Warenschwarzmarkt und den Dollarschwarzmarkt. Im Vergleich zu früheren Jahren hat sich die Einstellung der Behörden gegenüber dem Schwarzmarkt grundlegend geändert. Vor einem Jahr gab es unzählige Artikel und öffentliche Stellungnahmen, die den Schwarzmarkt als eine der schlimmsten Krankheiten der nationalen Wirtschaft anprangerten.

Seine Liquidierung sei von grundlegender Bedeutung und eine vorrangige Aufgabe. Heute spricht man nicht mehr davon, weil sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass es unmöglich ist, die Bevölkerung auf staatlichem, legalem Weg zu versorgen. Der Schwarzmarkt ist grundlegend nötig, um die Existenz der Leute zu sichern. Wie gerechtfertigt seine Liquidierung zur Bekämpfung von Spekulation und illegaler Bereicherung immer sein mag, sie würde für die breiten Massen eine Gefährdung ihrer Lebensgarantie bedeuten.

Was den Dollarschwarzmarkt angeht: Seinerzeit zahlte man für einen Dollar 10 Cordoba zum offiziellen Kurs und 40 Cordoba zum schwarzen Kurs. Ende 1987 lag der offizielle Kurs bei 27 Cordoba und der schwarze Kurs bei 24 000 Cordoba. Anfang Februar 1988 war der Dollar offiziell 70 Cordoba wert und inoffiziell 50 000 Cordoba.

Vor einigen Jahren gab es für Devisenvergehen vier bis acht Jahre Gefängnis. Der Schwarzwechsel ist noch immer strafbar, aber heute nehmen die Behörden die Praxis schweigend hin und schliessen die Augen. Der Dollarschwarzmarkt hängt nämlich eng mit dem Warenschwarzmarkt zusammen. Die schwarz gekauften Dollar lassen sich in Costa Rica, in Panama City oder in Miami in Waren verwandeln, die dann wiederum auf dem nicaraguanischen Schwarzmarkt mit grossem Gewinn verkauft werden. Ferner dienen die schwarz gekauften Dollar der Volkswirtschaft; die unter Devisenmangel leidende Zentralbank kann dem Import die benötigten Währungsmittel nicht zur Verfügung stellen.

(Von hier an der Text im zweiten Teil des Berichtes)

Im Flugzeug zwischen Havanna und Managua habe ich den Agenturbericht über die nicaraguanische Regierungsverordnung zum Energie-sparprogramm gelesen. Es handelt sich um harte Notstandsmassnahmen, die ab 1. Februar für eine vorläufige Dauer von sechs Wochen gelten. Auf dem Gebiet der Inlandproduktion haben jene 15 Betriebe, die am meisten Energie verbrauchen, ihre Tätigkeit ganz einstellen müssen. In allen übrigen Betrieben und Ämtern ist die tägliche Arbeitszeit von acht auf vier Stunden reduziert worden. Die Sendezeit des Fernsehens ist von gut zehn Stunden auf vier Stunden pro Tag reduziert worden. Am schwersten betroffen aber wurde die Bevölkerung durch die grossen Einschränkungen im Stromverbrauch.

Managua ist in zehn Bezirke unterteilt. Nach den ursprünglichen Plänen hat man die elektrische Energie für die Haushalte jeweils nur für drei Stunden pro Tag im Zeitraum zwischen 8 und 18 Uhr ausgeschaltet; gleichzeitig betroffen waren zwei bis drei Bezirke. Ein paar Tage später wurde die Abschaltdauer auf fünf Stunden pro Tag erhöht. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit von weiteren Unterbrüchen der Energiezufuhr für kürzere oder längere Zeit, und genau dazu kam es denn auch.

Am 7. Februar traten weitere Massnahmen in Kraft. Sechs weitere Betriebe wurden geschlossen. (...) Die Dauer des Stromunterbruchs für die Bevölkerung wurde verlängert. (...)

Die Schliessung von 21 Betrieben verursacht schmerzhafteste Verluste angesichts einer Wirtschaft, die auch sonst mit grossen Versorgungsschwierigkeiten zu kämpfen hat. Hinzu kommt der weitere Produktionsausfall durch die reduzierte Arbeitszeit.

Da die unbeschäftigten Werk tätigen ihren Grundlohn weiterhin erhalten, kompensieren sie die ausgefallene Arbeitszeit im Rahmen der freiwilligen Brigaden auf den Kaffeeplantagen, wo das wichtigste Exportgut des Landes geerntet wird. Die Teilzeitbeschäftigten leisten ihrerseits gesellschaftliche Arbeit in den freiwilligen Brigaden: Sie fegen Strassen und Plätze, sie renovieren Schulen oder öffentliche Gebäude, sie leisten Arbeit zur Instandhaltung der eigenen Betriebe.

In den Haushalten, in den Lebensmittelgeschäften und in den genossenschaftlichen Kühlräumen gehen die tiefgefrorenen Lebensmittel und ebenso hektoliterweise die Milchvorräte zugrunde, wie sich aus nicaraguanischen Pressemeldungen ergibt. (...)

Wegen der gekürzten Arbeitszeit ist auch der Alltag auf den Kopf gestellt. Ein Beispiel: Eine Hausfrau vernimmt, dass es im Supermarkt etwas zu kaufen gibt wie Fleisch, Milch, Seife, Zahnpasta, Toilettenpapier und so weiter. Sie läuft sofort hin, aber bis sie dort ankommt, hat das Geschäft bereits infolge Stromunterbruch geschlossen. (...)

Warum hat die Regierung von Nicaragua diese Folgen trotzdem auf sich genommen? Weil sie das kleinere Übel darstellen. Lebenswichtig ist die Energie für jenen Sektor, der für den Ex-

port produziert. (...) Die sandinistische Regierung rechnet mit internationaler Hilfe, mit Krediten und Spenden. (...)

In den nicaraguanischen Elektrizitätswerken treten serienweise Schäden auf, so dass sie mit wenig mehr als einem Drittel ihrer Kapazität arbeiten: statt der möglichen 325 000 kWh produzieren sie 134 000 kWh pro Monat.

(Der dritte Teil des Berichtes steht unter dem Titel «Hier wird niemand aufgeben!» und ist von einem betont optimistischen Gehalt: Die Regierung werde die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bekämpfen und das Volk werde vor ihnen nicht kapitulieren.) ■

Unsere Meinung

Ja, und die USA?

Beim ungarischen Bericht über Nicaragua hat mich eine Stelle so verblüfft, dass ich gleich zu Prof. Revesz lief, unserm ersten wissenschaftlichen Mitarbeiter und dem Übersetzer des fraglichen Textes in diesem Fall, um den Passus in seiner Wörtlichkeit verifizieren zu lassen; aber alles hatte seine Richtigkeit.

Es geht um die Stelle, in welcher drei Ursachen für die Wirtschaftskrise in Nicaragua genannt werden: die von den USA geschürte Kriegspsychose, die Contras und die von der sandinistischen Führung begangenen Fehler und Irrtümer. Fällt Ihnen da auch etwas auf? Für den normalschweizerisch unterrichteten Leser dürfte es doch niemals einfach so heissen «die Contras», sondern «die von den USA ausgehaltenen Contras» oder so, wenn man schon die US-Rolle beim vergleichsweise harmlosen Fall der Kriegspsychoseschürung erwähnt. So dachte ich an die Möglichkeit, eine entsprechende Wendung der Schuldzuschreibung sei zwecks Vermeidung von Wiederholung einer sprachlichen Verkürzung zum Opfer gefallen, mit Konsequenzen für den Inhalt.

Aber nein, es stimmte. Die USA sind in diesem Text nur bei der Kriegspsychose dabei, nicht aber bei den Contras. Diese stehen als eigener Faktor da, dürr aufgeführt ohne jede Qualifikation, als ob es im Unterschied zur Kriegspsychose gelte, sie als hausgemachtes Übel zu begreifen. Wenn das die Schweizer wüsten...

Bei näherem Zusehen empfand ich dann das Bedürfnis nach einer weiteren Verifizierung.

Werden die USA wirklich nur beschuldigt, die Kriegspsychose zu *schüren*, das heisst in ein anderweitig angefachtes (und mangels plausibler Alternativen wohl notgedrungen *sandinistisch* angefachtes) Feuer zu blasen? Und wieder die Bestätigung: Ja, ganz genau das sagt der ungarische Text, wirklich bloss «schüren». Die USA haben also nur die Kriegspsychose (unbegründete Angst vor einer bloss eingebildeten Kriegsgefahr) geschürt, und damit erschöpft sich ihre Schuld, soweit sie in diesem Bericht registriert wird.

Vom interessanten Einzelpassus nun zur Gesamtdarstellung, die sich ebenfalls erstaunlich ausnimmt, wenn man an die hiesige Öffentlichkeitsunterrichtung denkt. Der Unterschied betrifft nicht den Inhalt, nicht die ganze Schilderung der wirtschaftlichen und sozialen Misere, in der Nicaragua eingeständenerweise steckt. Die real bestehenden nicaraguanischen Zustände zu registrieren ist auch bei uns eine Möglichkeit, von der da und dort sogar Gebrauch gemacht wird. Der Unterschied liegt woanders.

Was ich mir bis auf belegten Gegenbescheid hier nicht vorstellen kann, das ist ein umfangmässig vergleichbarer Bericht über Nicaragua, in welchem nicht wenigstens über einige Abschnitte hinweg die Rolle der USA abgehandelt würde – so oder anders. Praktisch ist das sogar erzwungen. Gerade wer der These von der Generalschuld Washingtons an den nicaraguanischen Übeln die Zustimmung verweigert, muss das ausdrücklich (und wenn möglich ausführlich) begründen, weil er sonst gegen den allgegenwärtigen Vorwurf nicht aufkäme, an der Verursachung vorbeizureden, respektive sich zum Komplizen der Verursacher zu machen. Diese informationspolitische Sachlage bringt es mit sich, dass man praktisch mit jeder Nicaragua-Berichterstattung den Eindruck verstärkt, dass sich «Nicaragua» nur als Produkt der US-Politik verstehen lasse.

Das ist falsch, aber angesichts der hiesigen Medienrealität so dominant, dass es schon eine Berichterstattung aus einem osteuropäischen Bruderland braucht, um hier auszuscheren. Tatsächlich kümmert sich Gabor Arato bis auf die zitierte Stelle (bei welcher nur eine sozusagen lässliche Sünde aufgezeigt wird) überhaupt nicht um die Schuldzuweisung an die USA (wir haben bei unsern Kürzungen nicht etwa diesbezügliche Stellen weggelassen), sondern schildert die nicaraguanische Lage so, dass sie jeder unbefangene Leser als hausgemacht versteht, in aller Selbstverständlichkeit.

Das ist der Unterschied, den ich meine, und er ist paradoxal angesichts der herkömmlichen Rollenverteilung zwischen Ost und West. Hier liessen sich eigene Gedanken anfügen, aber ich offeriere lieber meinen helvetischen Mitmenschen sandinischer Konfession einen sozialistischen Denkanstoss aus Ungarn. Auf die Gefahr hin, dass sie meine geistigen Hebammen-dienste ablehnen, weil bei ihnen die geistigen Wehen noch nicht eingesetzt haben.

Christian Brügger